Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 4

Artikel: Südafrika unter Druck
Autor: Buthelezi, Gatsha / Naudé, Beyers
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142546

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Südafrika als der reichste Rohstoffspeicher der freien Welt

kann der Bundesrepublik Deutschland, die ganz arm ist an Rohstoffen, aber reichlich davon braucht, unendlich viel geben, und dieser gegenseitige Austausch dient zur Verstärkung der freien Welt. Wir alle haben heute ein grosses politisches Interesse, dass die Fundamente der freien Welt nicht allmählich abbrechen, dass sie erhalten werden, dass sie sich erweitern, dass im Sinne der Humanität, im Sinne der Sicherheit, der Freiheit so wie sie die freie Welt versteht, ein immer stärkeres verbindendes Band unter den Völkern und unter den Staaten sich knüpfe.»

(Ministerpräsident Hans Filbinger in «Afrika-Post», Nov. 1975)

Rassengleichheit gefordert

Johannesburg, 9. März (ddp). Der südafrikanische Industrielle Harry Oppenheimer hat die Regierung aufgefordert, unverzüglich die Rassendiskriminierung aufzugeben. Der Chef der Anglo-American Corporation sagte am Montag vor Managern in Johannesburg, es bleibe nicht mehr viel Zeit. Scharfe Kritik übte er an dem südafrikanischen Eingreifen in Angola. Südafrika könne es sich nicht länger leisten, dass sich seine Freunde und Verbündeten öffentlich seiner schämen müßten. Das erste Ziel des südafrikanischen Kampfes müsse eine geordnete Regierung «und ein wirtschaftliches und politisches System sein, das allen unseren Menschen gleiche Chancen bietet». («FR», 10. März 76)

Südafrika unter Druck

Der Befreiungskampf in Angola, der zugunsten der MPLA mit Agostinho Neto als künftigem Präsidenten ausging, hat auch Bewegung in die politische Szene Südafrikas gebracht. Die Regierung Vorster sieht sich in eine immer prekärer werdende Verteidigungsstellung gedrängt. Der Mißerfolg einer militärischen Intervention in Angola, die Furcht Vorsters, durch den Aufstand der Weißen in Moçambique, wie durch den Starrsinn des Gesinnungsfreundes Jan Smith in den Rassenkrieg hineingezogen zu werden, die Verschlimmerung der strategischen Lage Südafrikas durch den Wegfall der Pufferstaaten Rhodesien und Angola — das alles entgeht den scharfen Augen der Schwarzen nicht und führt zu einem entschieden neuen Ton in ihrem Verkehr mit den Behörden des Apartheid-Reiches, wie nachstehendes Communiqué (EPD Schweiz, 17. 3 76) zeigt.

In dieser Verlautbarung verlangen Dr. C. F. Beyers Naudé, Direktor des Christlichen Instituts von Südafrika und Chief Gatsha Buthelezi, Chefminister des Homelands Kwa Zulu, eine «radikale Umverteilung von Reichtum, Grund und Boden und politischer Macht. Dies ist für

die Errichtung einer stabilen und moralischen Gesellschaft in Südafrika wesensnotwendig». Versuche, das Verantwortungsgefühl der Arbeiter zu wecken, hätten sich als nutzlos erwiesen. «Der kapitalistische Paternalismus hat in Südafrika während mehr als hundert Jahren den schlüssigen Beweis geliefert, daß wir durch eine Minderheitselite von der Regierung ausgeschlossen sind. Menschen wurden ständig ihrer Menschlichkeit beraubt, die Vielen brutal gezwungen, Reichtum für die Wenigen zu produzieren, und die gesamte Gesellschaft ist so konstruiert, daß sie die nackte Ausbeutung des Menschen durch den Menschen schützt und verstärkt».

«Wir sind überzeugt, daß dieses kapitalistische Mühen zum Untergang verurteilt ist. Es wird untergehen, weil der Egoismus der weißen Elite Südafrikas jetzt schon wirklichkeitsfremd ist und in der heutigen Welt nicht wird überleben können. Es wird untergehen, weil die Millionen Armen Südafrikas für sich selbst jene Befreiung verlangen, die sie bei ihren Brüdern in den Nachbarstaaten entdeckt haben. Es wird untergehen, weil keine Konzession den eisernen Griff kapitalistischer Kontrolle so lockern kann, daß die unterdrückten Massen ihre eigene Menschenwürde und eigenen Selbstrespekt in unserem Lande entdekken und zum Ausdruck bringen können . . .»

«Wenn es der Sinn der Existenz der Homelands ist, Arbeitskraft verfügbar zu machen, um die Wirtschaft und den Lebensstandard der Eliten (Schwarzer, Weißer oder beider) aufrecht zu erhalten und eine wirtschaftliche Pufferzone von Homeland-Wirtschaften einzurichten, die ihrerseits die zentrale Wirtschaft schützen und den wenigen Begünstigten Vorteile garantieren, dann können wir nur zu einer Schlußfolgerung gelangen: Ausländische Investitionen in der Zentralwirtschaft sind ohne jede Moral.»

Ebenso eindeutig können Versuche, die Verantwortlichkeit von Arbeitgebern und Investoren innerhalb dieses Systems zu vergrößern, nichts erreichen, um eine radikale Umverteilung von Reichtum und Macht herbeizuführen, die aber wesensnotwendige Voraussetzungen für Gerechtigkeit und Frieden sind. Ebensowenig können Wirtschaftswissenschafter in theoretischen Debatten eine relevante Lösung herbeiführen. Fortschritt hängt an den Prioritäten und an der Macht, die in der Weisheit des Schwarzen beschlossen ist, der gelitten hat und der überleben wird, um den entscheidenden Beitrag zu der neuen Gesellschaft zu liefern, nach der er sucht.

Weiße in Südafrika haben den Schwarzen Zugang zum zentralen parlamentarischen Entscheidungsprozeß verwehrt. Sie haben die Schwarzen nach dem Motto «Teile und herrsche» regiert, so daß die Schwarzen des Landes kein Recht haben, über Probleme von nationaler Bedeutung zu sprechen. Die Frage der Investitionen in Südafrika ist

eines dieser Probleme. Wir fordern einen Nationalen Kongreß (National Convention), in dem die Schwarzen Südafrikas für sich selbst über die Frage ausländischer Investitionen sprechen können.»

Gatsha Buthelezi; Beyers Naudé

Buthelezi hat vor einiger Zeit auch bei Vorträgen in der Schweiz ausländische Privatinvestitionen in Südafrika als Mittel eines politischen Wandels befürwortet. In seiner jüngsten Erklärung äußert er sich nun ablehnend. Momentaner Gesinnungsumschlag oder Kurswechsel?

Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist nachstehende Reuter-Meldung aus London:

Wird Südafrika den Schweizer Banken zu heiß?

Gegenwärtig werden extrem viele südafrikanische Wertpapiere verkauft. Ein großer Teil davon stammt aus schweizerischen Beständen. Eine Schweizer Bank soll während des vergangenen Monats alle ihre südafrikanischen Papiere abgestoßen haben.

Sind wir über Rhodesien im Bild?

Colin Legum, einer der besten Kenner des südlichen Afrika, äussert sich dazu in einer Sonntagsausgabe des **«Observer»** (28. März). «Eine Anzahl gefährlicher Illusionen über kommende Ereignisse in Rhodesien können sich immer noch halten, auch nachdem Ian Smith die einzig möglichen Voraussetzungen verwarf, die Grossbritannien ermöglicht hätten, die 200 000 weissen Rhodesier vor den Folgen ihrer tragischen Irrtümer zu retten.

Da ist einmal die Illusion, dass der Krieg immer noch vermieden werden kann, hat er doch in Wirklichkeit bereits begonnen. Es gibt keine weiteren «Verhandlungen» «um Gewalttaten zu vermeiden.» Zu entscheiden ist nur noch, wie viel Gewalt nötig ist, bis die schwarze Mehrheitsregierung angenommen wird, und was für Waffenstillstands-Bedingungen die weisse Minderheit aushandeln kann, bevor ihre Lage völlig hoffnungslos geworden ist.

Die Antwort auf diese beiden Fragen hängt davon ab, wie lange die weissen Rhodesier brauchen, bis sie einsehen, dass sie dieser Tage gezwungen werden sollen, einen Krieg zu führen, den sie mit absoluter Sicherheit verlieren müssen.

Eine weitere Illusion ist es, anzunehmen, um Rhodesien vom Abgrund zurückzureissen genüge es, Ian Smith zu überreden, weniger halsstarrig zu sein. In Tat und Wahrheit hat Ian Smith immer noch die grosse Mehrheit der weissen Rhodesier hinter sich; er bringt durch